

Frühstück täglich  
früh 6½ Uhr.  
Redaktion und Expedition  
Johanniskirche 23.  
Ansprechende der Redaktion:  
Montag 10—12 Uhr.  
Nachmittag 4—6 Uhr.  
Von den Büros eingehender Nachrichten nach der Redaktion nicht vertrieben.  
Annahme der für die nächsten bestimmten Zahlen am Montag bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 10 Uhr.  
Zur Anzeige für Ins. Annahme:  
Otto Stein, Universitätsstr. 22,  
Sontz & Cölln, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 10 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsvorlehr.

Nº 261.

Donnerstag den 18. September 1879.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Durch die in Aussicht genommene Errichtung zweier Hörsäle beim Reichsgericht und die dadurch bedingte Überbedienung einer weiteren Anzahl von Mitgliedern des Reichsgerichts wird die Beschaffung von einigen Wohnungen nötig.

Wir wiederholen daher hiermit die an alle Bevölkerung und Administratoren biegsiger Grundstücke schon früher gerichtete Bitte,

die in ihren Grundstücken zum 1. Oktober d. J. mietfrei werden können, welche für Mitglieder des Reichsgerichts geeignet sein würden, mit Angabe der Lage und des Platzkreises und wenn möglich unter Einreichung einer Bauzeichnung und thunlichst bald anzugeben.

Wir bitten, derartige Anmeldungen in der Katholikenkultur, Rathaus, 1. Etage, niedergeschrieben, ebenfalls aber auch die Vermietung angemeldeter Wohnungen zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, den 16. September 1879.

Der Wohnungsausschuss für die Mitglieder des Reichsgerichts.

i. B.  
Dr. Georgi, Oberbürgermeister.

### Die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses.

Ein gestern nach Schluß der Redaktion eingetroffenes Telegramm hat unsere Leser bereits davon in Kenntnis gesetzt, daß nach einer im "Anzeiger" publicirten königlichen Ordre die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses erfolgt ist. Zugleich macht der Minister des Innern bekannt, daß die Wahl der Wahlmänner am 20. September stattfinden soll. Nicht mehr vor zwei Wochen stehen also den Parteien zur Verfügung, um ihre Vorbereitungen für die Wahlkampf zu treffen. Kaum jemals vorher hat eine Wahlbewegung in Preußen unter so ungünstigen Auswirkungen begonnen wie die gegenwärtige. Nach dem wenig erhebenden Reichstagswahlkampfe des vorigen Jahres, sodann nach dem unerträglichen Interessengegensatz des letzten Sommers hatte sich der weitesten Kreise eine Erwidlung, ja ein Widerwillen gegen die politischen Dinge bemächtigt, der eine außergewöhnlich geringe Teilnahme an den Wahltagen in Aussicht stellen läßt. Die jüngsten Wochen sind haben wenigstens die schlimmsten derartigen Bekämpfungen befehligt. In ganz Preußen röhren sich die Parteien, und es freut uns constatiren zu können, daß dabei die nationalliberale Partei hinter den andern nicht zurücksteht. Dass es dieser ausdrücklichen Constitution überhaupt erst bedarf, ist freilich Angenommen des von der nationalliberalen Partei bei allen freiherrlichen Wahlen bewiesenen Eifers seitdem genug. Aber — marxist! sollen wir es leugnen? — gerade die nationalliberale Partei wird ja von der Unzufriedenheit der heutigen Situation am schwersten betroffen. Bei der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen und Anschauungen, welche innerhalb dieser Partei von jeder notorisch ist, konnten die Vorgänge der letzten Reichstagsession auch auf die politische Thätigkeit derselben nicht ohne einen gewissen lärmenden Einfluß bleiben. Und diesen Zustand nahmen die Organe der Regierung wahr, um mit voller Wucht direkt auf das lange erstreute Ziel der Vernichtung oder wenigstens der Spaltung der nationalliberalen Partei einzutreten. Nach den monatelang fortgesetzten Entwicklungen und Verkümmern des öffentlichen Presse hätte man annehmen sollen, jeder anständige und besonnene Bürger würde sich von einer Partei entzogen haben, deren Führer nur noch im Lichte von Revolutionären und Verschwörern erscheinen. Wie können den überzeugten Freunden der preußisch-deutschen Regierung für diese groteske Sprache nur dankbar sein. Sie hat zur Folge gehabt, daß auch den unbefangenen Optimisten nur geworden ist, worauf dies wilde Treiben eigentlich abzielt. Unter der Fahne des Wahlaufturms der nationalliberalen Partei haben sich überall jene Elemente zusammengetragen, welche die verfassungsmäßigen Rechte und Einrichtungen anstrebt erhalten und die Politik des preußischen Staates nach gemäßigten liberalen Grundsätzen geführt wissen wollen. Freilich, in diesen vierzehn Tagen wird noch viel getan werden müssen, um die große Masse der Wähler über das, woran es ankommt, zu belehren. Aber die nationalliberale Partei darf — so viel kann man bereit sagen — mit froher Sicherheit in den Kampf gehen. Das Bürgerthum — dieses Wort im besten und weitesten Sinne genommen — braucht nur dem politischen Geiste treu zu bleiben, der sich aus seiner Geschichte, aus seinem Wesen, aus seinen gemeinsamen Interessen von selbst ergibt, und der Sieg wird auch diesmal auf seiner Seite sein. Die Freude desselben aber werden — Das hoffen und erwarten wir — nicht nur dem preußischen, sondern dem gesamten deutschen Volke zu Gute kommen.

### Politische Übersicht.

Leipzig, 17. September.

Die Zeit ist nunmehr angebrochen, in welcher auf dem Gebiete des Kultuskampfes allerlei Überraschungen vorkommen dürfen. Handelt es

Die zur Submission ausgeschriebenen Maler, Stuckateur, Tischler und Schlosserarbeiten für den Neubau einer Volksschule an der Sebastian-Koch-Straße hier sind vergeben, und es werden daher die nicht berücksichtigten Herren Bieter hiermit ihrer Gebote entlassen.

Leipzig, den 18. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Rathaus, III.

### Bekanntmachung.

Die zur Submission ausgeschriebenen Maler, Stuckateur, Tischler und Schlosserarbeiten für den Neubau einer Volksschule an der Sebastian-Koch-Straße hier sind vergeben, und es werden daher die nicht berücksichtigten Herren Bieter hiermit ihrer Gebote entlassen.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Rathaus, III.

### Bekanntmachung.

Der von und zur Submission ausgeschriebene Bau einer Schule III. Klasse auf der Kochstraße zwischen der Straße K und Richterstraße ist vergeben und werden die unterbeschriebenen Herren Bewerber hierzu in Kenntnis gelegt.

Leipzig, am 18. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Rathaus, III.

Canisius ist es zu verdanken, daß der Kaiser in Bergweihung Insbruck verließ und das Concil dem Weltstand überantwortet. Das ist als der zweite heilige Amtskrönung der Deutschen, wie Felix von vor sagt und wie die Katholikenversammlung in München glaubt. Gleichwie Leo XIII., den Thomas von Aquino, den Theologen der Jesuiten, zum Universalphilosophen, so hat er den ersten deutschen Jesuiten Peter Canisius zum Universalphilosophen eingesetzt. Was aber diese doctrinäre Verherrlichung des Jesuitismus zu bedeuten hat, das haben die beiden fürstlichen Jesuitenfürsten Kaiser Ferdinand II. und Maximilian von Bayern dem deutschen Volke so deutlich gemacht, daß es noch heute zu fühlen ist.

Aus Alledem scheint auszuhorchen, daß gegenwärtig an einen Ausgleich mit Rom nicht zu denken ist, daß aber gerade deshalb der Wechsel in der Besetzung des preußischen Kultusministeriums um so bestreitlicher erscheint. Wir meinen, es sei nunmehr endlich an der Zeit, dem deutschen Volke, daß man heute schon eine conservatibulmontane Majorität im Abgeordneten-Hause in Betracht zieht. Ob Dies berechtigt ist, mag dahin gestellt bleiben. Aber Eins scheint gewiß, nämlich daß die Mehrheit des Schleswig-Holsteinischen Volkes der conservativen Agitation zugänglicher geworden ist, als die in den dänischen Kämpfen geschulten Parteien es erwartet liegen. Diese Elemente werden in der und vorliegenden Zukunft wie folgt geschildert: „Der Landmann ist von Natur sehr eigenartig, häuft an dem Althergebrachten und ist deshalb in der Rolle conservativ gefärbt. Der intelligenter Theil des selben jedoch den Fortschritt zu würdigen und ist deshalb möglicher liberal, in dieser Bezeichnung aber fest, treu und zuverlässig, aber leider bildet dieser Theil die Minorität. Der Großgrundbesitz, namentlich der Adel hat feudale Neigungen und sieht vielleicht mehr nach Macht als nach Geld. Daß der Landmann trotz der Kornpölle bei dem neuen System duplt ist, mögen die Herren wohl schon einschätzen, aber ehe sie es auch einsehen, wird noch viel Wasser ins Meer fließen. Unter der Bluse der kleineren Landbesitzer ist ein großer Theil außer Stande, die wahre Sache zu würdigen, und deshalb den agrarischen Verlockungen zugängig, während viele andere sich in einer solchen Abhängigkeit befinden, daß sie zu den Wahlen commandirt werden. Unter diesen Umständen ist auf Berlins in den Kreisen der liberalen Abgeordneten sehr gefaßt.“

In dem neu zu wählenden preußischen Landtag wird die Eisenbahnpolitik der Regierung sicherlich zu sehr bewegten Debatten heranlaufen. Die Parteien haben schon jetzt Stellung zu diesen Fragen genommen, um prüfen zu können, in wie weit sie sich dabei in Übereinstimmung mit der Willkür der Wähler befinden. Im Zusammenhang damit wird uns aus Berlin vom Dienstag geschrieben: „Der Erwerb der Köln-Mindener Bahn durch den Staat erscheint nach dem aus gewordenen Rüttelungen keinesfalls völlig gesichert. Selbst die beihilfenden Finanziers, die gestern einer Konferenz in Eisenbahn-Angelegenheiten beigewohnt, sprachen sich in der Mehrheit gegen die Opportunität einer Verstaatlichung dieser Bahn aus. Da die Verhandlungen mit der Rheinischen und Berlin-Anhaltischen Bahn bis jetzt verlaufen, ohne ein für die Bestrebungen des Staats günstiges Resultat erzielen zu lassen, so wird sich die Vorlage des Staats bei dem nächsten Landtage den bisherigen Anführungen zuwider doch nur auf die Verstaatlichung der Magdeburg-Halberstädter, Berlin-Stettiner und der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn erstrecken, wenn die Generalversammlung letzterer zusammensetzt und die Bergisch-Württembergische Bahn wegen der Grafschaften ihr Einverständnis erklärt. Gleichwohl besteht in allen politischen Kreisen volle Einmütigkeit darüber, daß die Frage, ob Staats- oder Privatbahnsystem, mit der Vorlage der Verstaatlichungsprojekte auch nur einigermaßen entschieden wird. Auch in denjenigen Kreisen, die sich mehr auf die Seite des Staatsbahnsystems neigen, wird die Gewährung von Garantien in finanzieller, politischer und wirtschaftlicher Beziehung seitens der Regierung gegenüber dem Landtage als unerlässliche Voraussetzung der weiteren Verstaatlichung von Privatbahnen angesehen. In finanzieller Beziehung wird von Vereinen und vielen Stimmen in der Presse gefordert, daß Überschüsse der Bahnen über einen bestimmten Procentasch des Anlagekapitals zu einem besonderen Fonds angesammelt werden, über welchen nur mit Zustimmung des Landtags verfügt werden kann. In wirtschaftlicher Beziehung hält man eine Mitwirkung des Landtags bei der Festlegung der Güter- und Personentarife für unerlässlich. Politisch wird Garantie gegen die Württembergische gefordert, die durch die außerordentliche Stärkung der finanziellen Macht und die Verbesserung des Beamtenheeres zu befürchten sind. Die Formalisierung für diese Garantien gegenüber der Staats-Regierung im Einzelnen wird schwierig sein. Erst nachdem die Erbauer hierüber unter den politischen Parteien festes Gefüge gewonnen haben werden, kann man übersehen, ob es überhaupt möglich ist, den Garantien so lebhafte Formen zu geben, daß sie gegen die befürchteten schweren Wirtschaftsnoten hinzuwirken. Wenn man dann klar legen, ob die Staats-Regierung solche Garantien annehmen wird und ob sie nicht die Belehrung ihrer Macht durch dieselben für schwerwiegend hält, als die Verstärkung ihrer Gewalt.“

Von der deutschen Marine sind einige Neuigkeiten zu melden. Ein Correspondent berichtet der "R. B." aus Kiel vom Montag: „Nachdem das Geschwader von der Danziger Rübe zu-